



| Vorstand

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

**Freihandels- und Investitionsabkommen
zwischen der EU und den USA**

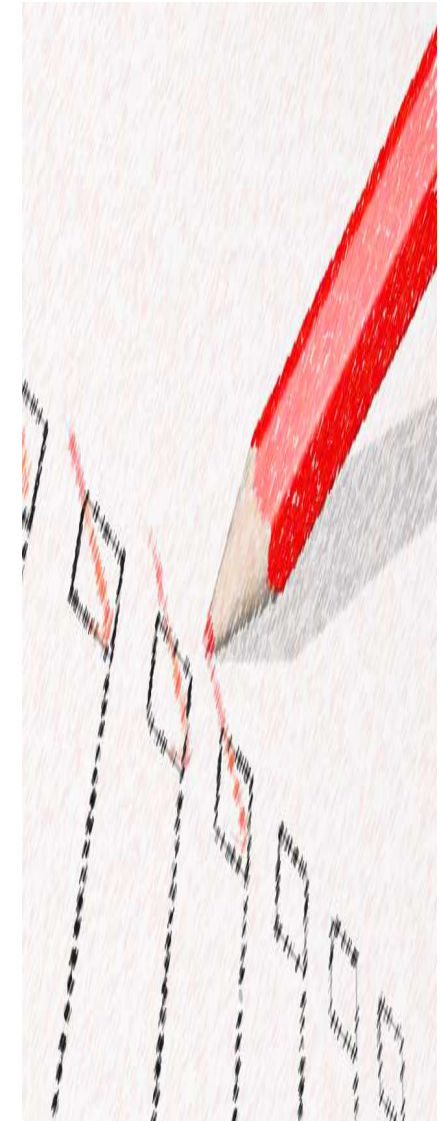
**TTIP: Transatlantic Trade and Investment
Partnership**

**21. Salzgitter-Forum
am 12. und 13. September 2014**

Übersicht



1. Worum geht es?
2. Was wird versprochen?
3. Was ist davon zu halten?
4. Und die Gewerkschaften?
Positionen und Handlungsoptionen



TTIP – immer stärker in der Kritik



GIB **TTIP
KEINE
CHANCE**

www.Know-TTIP.eu



**KONZERNE PROFITIEREN,
MENSCHEN VERLIEREN**



„Frei“-Handelspakt EU–USA:
Das TTIP-Abkommen (Transatlantische Handels-
und Investitionspartnerschaft) und seine Folgen





Aber worum geht es eigentlich bei TTIP?

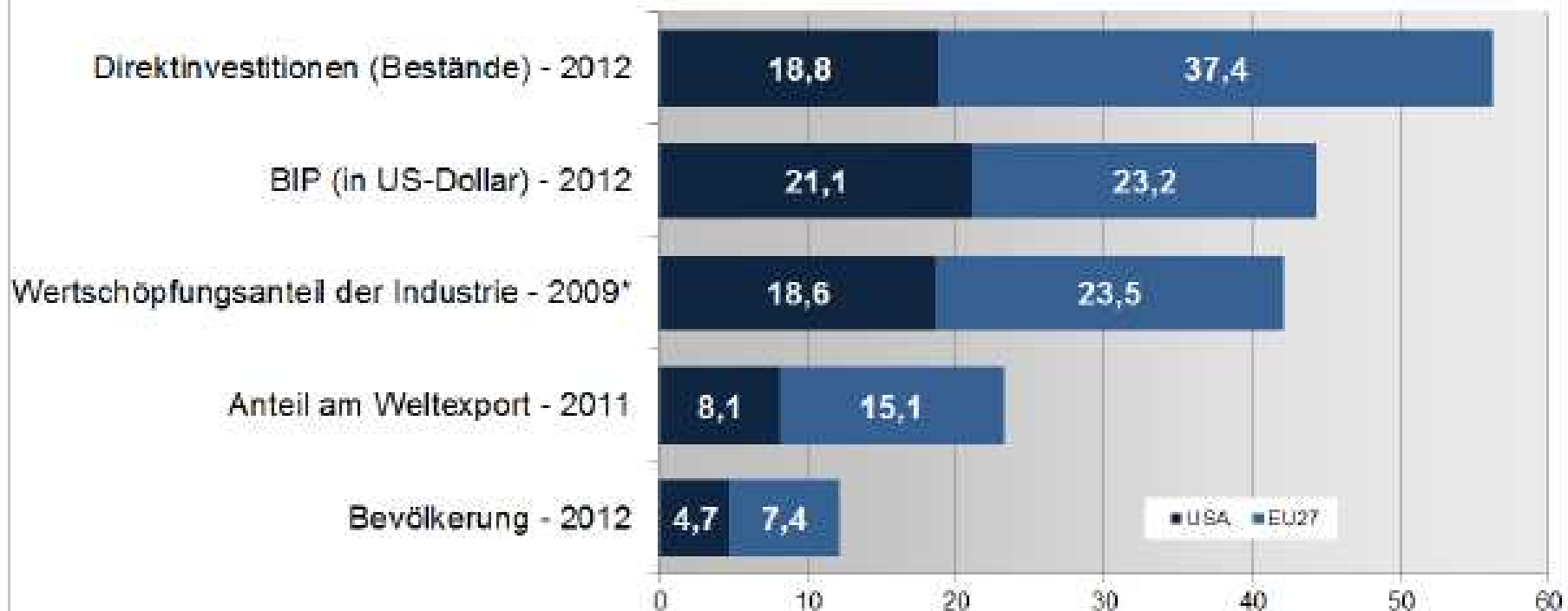
- **Beseitigung bestehender tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU**
 - **Tarifäre Handelshemmnisse:** Zölle
 - **Nicht-tarifäre Handelshemmnisse,** z.B. unterschiedliche administrative Regelungen bei der Einfuhr, technische Standards, Regeln zur Produktqualität, Etikettierungspflichten oder gesetzliche Regelungen
- **Liberalisierung der Dienstleistungen „auf dem höchsten Liberalisierungsniveau“**
- **Investitionsschutzabkommen**



Ziel: Schaffung des weltweit größten gemeinsamen Wirtschaftsraums



Relatives Gewicht der EU und der USA aus globaler Perspektive Anteile am Weltniveau in Prozent



*= ohne Griechenland und Zypern, reale Werte 2005=100

Quelle: OECD, Weltbank, UNCTAD, WTO, Eurostat, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall FB Grundsatzfragen

Das Versprechen: Wohlstand, Wachstum, Arbeitsplätze



Propagierte Wirkung des Abbaus von Handelsbegrenzungen

Abbau der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse senkt die Kosten



Preise sinken



Nachfrage steigt



Beschäftigung und Produktion steigen

Vermeintliche wissenschaftliche Belege (1)



Studie im Auftrag der EU-Kommission:

Centre for Economic Policy Research (CEPR), London (2013)

➤ Zentrale Annahmen

- Beseitigung nahezu aller Zollbeschränkungen
- Beseitigung von 25% der nicht-tarifären Beschränkungen für Güter und Dienstleistungen
- Beseitigung von 50 % der nicht-tarifären Beschränkungen im Bereich der öffentlichen Beschaffungswesens

➤ Zentrales Ergebnis: BIP-Zuwachs im Zeitraum von 10 Jahren

- USA: + 0,5 Prozent
- EU: + 0,4 Prozent

d.h. für die EU: 0,04 Prozentpunkte pro Jahr!

Vermeintliche wissenschaftliche Belege (2)



Ifo – Bertelsmann-Studie (2013)

➤ Zentrale Annahme

- Szenario Freihandelsabkommen „ultra“: Weitgehende Abschaffung nicht-tarifären Handelsbarrieren
- Steigerung des Handels zwischen EU/USA entsprechend Zunahme in vergleichbaren Freihandelszonen (z.B. EU/NAFTA)



- **Zentrale Ergebnisse:** Gesamtwirtschaftliche Effekte im Zeitraum von 15 Jahren
- +180.000 Arbeitsplätze
 - + 4,7 Prozent der Bruttoinlandsprodukte
- 180.000 Arbeitsplätze entsprachen 2012: 0,4% aller Erwerbstätigen; 0,6% aller sozialvpfl. Beschäftigten
- pro Jahr wären 180.000: +12.000, d.h. jährlich +0,03% der EW bzw. +0,04% der SvB

Zwischenfazit I: Wirtschaftlicher Nutzen gering



Trotz teils fragwürdiger Annahmen der Studien ist der erwartete Gesamteffekt ernüchternd





Verhandlungen im Geheimen – jenseits demokratischer Kontrolle

- Vage Informationen über die Verhandlungen und Inhalte
- Tatsächliche, konkrete Inhalte und Dokumente sind Geheimsache
- Starke Einbeziehung der Lobbygruppen der Wirtschaft und Konzerne, weitgehender Ausschluss der Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, NGOs
- Seit Kritik: Stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit oder Transparenz als PR-Maßnahme?





Investitionsschutz ...

- ➔ **Investitionsschutzabkommen regeln völkerrechtlich verbindliche Standards zur Behandlung ausländischer Investitionen**
- ➔ **Erste Investitionsschutzabkommen aus 1950er Jahren**
- ➔ **Ursprünglich geschaffenes Instrument als Schutz in Staaten ohne stabiles Rechtssystem.**
- ➔ **Ziel: Schutz der Investoren vor entschädigungsloser Enteignung. Sehr allgemeine Grundsätze:**
 - „Gerechte und billige Behandlung“
 - Schutz bei „direkter“ und indirekter“ Enteignung
- ➔ **Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS):**
 - Klagerecht des Investors gegen Staat vor einem Schiedsgericht
 - Verzicht auf innerstaatlichen Rechtsweg
 - Rechtsfolge: Schadenersatz
 - keine Berufung möglich



...oder: Machen Konzerne Staaten den Prozess?

- 2009: Klage von Vattenfall gegen strengere Umweltschutzauflagen der Stadt Hamburg als ursprünglich angedacht; Streitwert ca. 1,4 Mrd. Euro, Einigung durch Vergleich (Lockerung der Auflagen)
- 2012: Klage von Vattenfall gegen die Bundesregierung über Atomkraftwerken: 8,5 Mrd. Euro
Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht
- **EU Kommission hat in 1. Halbjahr 2014 aufgrund starker öffentlicher Kritik ein Verhandlungsmoratorium zum Investitionsschutzkapitel beschlossen sowie ein 3-monatiges öffentliches Konsultationsverfahren eingeleitet**
- Klage eines kanadischen Investors gegen die US-amerikanische Regierung über die Verstaatlichung von Unternehmen
Investor-to-State“-Klage ein (Grundlage für das Investitionsschutzkapitel in NAFTA). Forderung: 250 Mio. Dollar für den vermuteten Gewinnausfall
- Klage eines französischen Investors gegen Ägypten wegen Erhöhung des Mindestlohns

Gefahr für Produkt- und Umweltstandards, Verbraucherschutz, Daseinsvorsorge



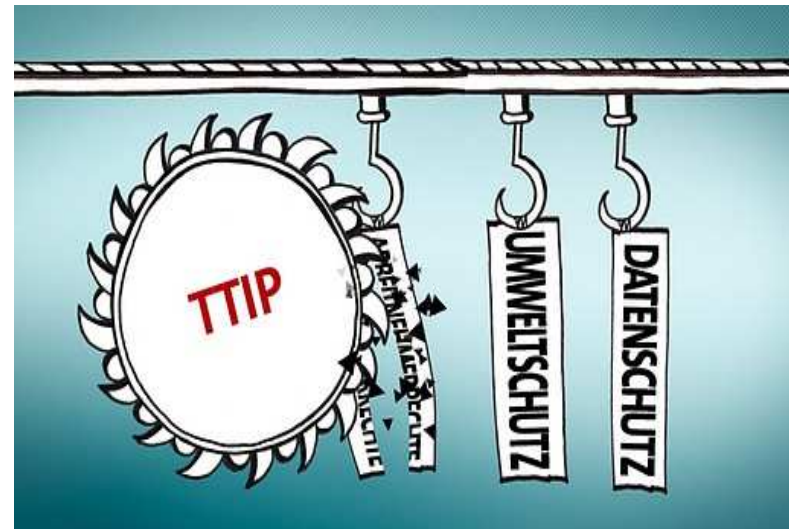
- ➔ **Vorsorgeprinzip bei Produkt- und Verfahrenszulassung:** In der EU müssen Unternehmen *vor* der Zulassung von Produkten und Verfahren deren Unschädlichkeit nachweisen. In den USA kann die Behörde erst im Nachhinein einschreiten und muss ihrerseits Schädlichkeit nachweisen. Einfallstor z.B. für Fracking?
- ➔ **Verbraucherschutz:** Unterschiedliche Standards sollen harmonisiert werden, z.B. bei Nahrungsmitteln. Gefahr: Hormonfleisch und Chlorhühner künftig auch hierzulande?
- ➔ **Regulierung der Banken- und Finanzmärkte:** Gefahr, dass die in den USA erzielten Regulierungsfortschritte unter Beschuss geraten.
- ➔ **Öffentliche Daseinsvorsorge:** Mit Ziel einer Liberalisierung auf dem „höchsten Liberalisierungsniveau“ droht weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen

Gefahr für Arbeitnehmerrechte



➤ Arbeitnehmerrechte:

- Ansatz gegenseitige Anerkennung von Standards birgt Gefahr, dass die niedrigen Standards erlaubt bleiben
- Gefahr, dass Optionen für einen zukünftigen Ausbau der AN-Rechte verbaut werden.
- Gefahr, dass Auflagen (z.B. für tarifgerechte Bezahlung) bei öffentlichen Auftragsvergaben unter die Räder kommen





Gefahr für soziale Sicherungssysteme?

Ausschlussklausel für bestimmte öffentliche Dienstleistungen,

... die in „hoheitlicher Gewalt“ und die „weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern“ erbracht werden.

- **Unklarheit, ob soziale Sicherungssysteme hierunter fallen**
- **Droht verstärkter Wettbewerb bei sozialen Sicherungssystemen?**
- **Gefahr, dass bei Angleichung deutscher und us-amerikanischer Standards die hiesigen höheren Sozialstandards sowie Regelungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes geschliffen werden bzw. Optionen für einen künftiger Ausbau verstellt werden.**

Zwischenfazit II: Gewinn für Wenige auf Kosten Vieler



Die Macht der Konzerne wird gestärkt - die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft werden massiv eingeschränkt.



Schon verhandelt: CETA – Blaupause für TTIP?



Comprehensive Economic and Trade Agreement, EU-Kanada

Seit 8/2014 Abschlussdokument, derzeitige Prüfung durch Regierungen

- Abbau fast aller Zölle (z.B. vollständiger Abbau bei Landwirtschaft, Automobil) sowie Verringerung nicht-tarifärer Handelshemmnisse (Angleichung, gegenseitige Anerkennung von Normen und Vorschriften) – **verstärkter Wettbewerbsdruck, Abbau von Standards?**
- Zugang europäischer Unternehmen zu öffentlicher Auftragsvergabe in Kanada – **Verdrängung lokaler kanadischer Unternehmen?**
- Liberalisierung von Dienstleistungen - „lock-in“- oder „ratchet“-Klauseln, mit denen sich EU und Kanada verpflichten, bisher durchgeführte Deregulierungen/Privatisierungen beizubehalten – **Ewigkeitsklausel für Privatisierung?**
- Investitionsschutzregeln, inklusive Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor-state-dispute-settlement, ISDS) – **Einfallstor für Briefkastenfirmen?**



Gewerkschaftliche Positionierung

- ➔ Umfassende transparente demokratische Beteiligung und Kontrolle durch Parlamente und Zivilgesellschaft
- ➔ kein Abkommen, das Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards bedroht. Klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Beschäftigtenrechten sowie von Sozial-, Verbraucher-, und Umweltstandards
- ➔ Keine Behinderung sozialer und ökologischer staatlicher Regulierung (inklusive Möglichkeiten der öffentlichen Auftragsvergabe)
- ➔ Keine Regelungen zum Investitionsschutz, die zu einer Beeinträchtigung von AN-Rechten führen können oder die Handlungsmöglichkeit des Staates beschränken
- ➔ Keine weitere Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche – insbesondere öffentlicher Dienstleistungen – oder Vereinbarungen, die eine Re-Regulierung behindern
- ➔ Unterzeichnung und Umsetzung aller ILO-Kernarbeitsnormen durch USA als Voraussetzung für ein Abkommen

Koalition der Kritiker

TTIP unfair handelbar



www.unfairhandelbar.de



Europäische Bürgerinitiative



Europaweite
Unterschriftensammlung
ab September geplant





Vielen Dank!

